

"Europas grösserer Markt" in Süddeutsche Zeitung (3. August 1961)

Quelle: Süddeutsche Zeitung. Münchner Neueste Nachrichten aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Hrsg. Friedmann, Werner; Goldschagg, Edmund; Schöningh, Dr. Franz Josef; Schwingenstein, August ; R.Herausgeber Friedmann, Werner. 03.08.1961, Nr. 184; 17. Jg. München: Süddeutscher Verlag. "Europas grösserer Markt", auteur:Staegmeyr, Elly , p. 1.

Urheberrecht: (c) Süddeutsche Zeitung

URL:

http://www.cvce.eu/obj/europas_grosserer_markt_in_suddeutsche_zeitung_3_august_1961-de-4e858bc3-a205-4e9f-9397-c82274cbb108.html



Publication date: 13/02/2017

Europas größerer Markt

Von Elly Staegmeyr

Der von der *Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft* begrüßte Entschluss der englischen Regierung, über die Aufnahme Großbritanniens in die EWG als Vollmitglied zu verhandeln, ist von außerordentlicher Bedeutung. Westeuropas Tragik war es ja, daß das Streben nach einem umfassenden Markt zunächst zur wirtschaftlichen Spaltung führte. Die Gemeinschaft der Sechs vermochte nicht sogleich der Kristallisationspunkt für eine westeuropäische Integration zu werden. Vielmehr gelang es England, nach dem Scheitern seines Plans einer Großen Freihandelszone sowohl Österreich, als auch die Schweiz, die drei nordischen Staaten und Portugal vor seinen Wagen zu spannen. „Die Sieben“ bildeten die Kleine Freihandelszone (EFTA). Diese proklamierte zwar ebenfalls das Ziel eines gesamteuropäischen Marktes, aber unter der englischen Devise, keinen weitgehenden auch politischen Bindungen zuzustimmen. In den letzten Jahren hat sich nun das wirtschaftliche Gesicht Europas so stark zugunsten der EWG geändert, daß nicht zuletzt deshalb Großbritannien in der Verständigung mit den Sechs eine Notwendigkeit sieht.

Den übrigen *EFTA-Partnern* bleibt nichts übrig, als sich in dem von England gewählten Zeitpunkt gleichfalls um eine Verknüpfung mit dem Gemeinsamen Markt zu bemühen. Als Premierminister Macmillan unabsehbare Folgen eines Scheiterns der neuen Europa-Initiative andeutete, unterstrichen Londoner Regierungskreise sogleich, dies sei kein Versuch, etwa die EFTA-Partner mit der Drohung eines Ausscheidens Großbritanniens aus den europäischen Bündnissen unter Druck zu setzen. Formell hat England in der Tat weitere Solidarität zugesichert. Die Verhandlungen mit der EWG, die jedes Land der Kleinen Freihandelszone für sich allein zu führen haben wird, sollen aufeinander abgestimmt werden und man will die EFTA nicht begraben, bevor „die legitimen Interessen“ aller Berücksichtigung fanden. In den nordischen Staaten dringt freilich die Erkenntnis durch, daß mit Englands historischem Beschluß die EFTA in ihrer bisherigen Form faktisch zu bestehen aufhörte; in der Schweiz rüstet man sich für eine mögliche „zeitweise Isoliertheit“.

Gegen den wohlwogenen Entschluß der englischen Regierung gibt es, wie die gegenwärtige Unterhausdebatte beweist, eine zum Teil leidenschaftliche Opposition. Das wirtschaftliche Argument, fast die Hälfte der britischen Ausfuhr gehe noch immer in das Commonwealth und nur ein Siebentel auf den Kontinent, verfängt kaum. Denn gerade die unerwartete *Dynamik* des Gemeinsamen Marktes hat ohne Zweifel zur britischen Neuorientierung wesentlich beigetragen. London, das zunächst versuchte, die Zollnachteile aus der Blockbildung für seine Wirtschaft klein zu halten, will sich jetzt nicht länger von der raschen Entwicklung ausgeschlossen sehen.

Der Güteraustausch innerhalb der Sechs ist doppelt so schnell gewachsen wie der EFTA-Handel. England konnte zudem auf dem Gemeinsamen Markt zwar um ein Fünftel, in die übrige Welt indessen nur ein Zehntel mehr absetzen, weil dort wettbewerbsfähigere EWG-Waren einen größeren Umsatzanteil an sich zu ziehen vermochten. Andere Sorgen kommen hinzu. Dollars für den Bau von Fabriken fließen heute vielfach lieber auf den Kontinent als nach England, dem schon manche Pfundinvestition zugunsten einer Europa-Anlage entgeht. Auch die angeblich rund 2000 Absprachen, mit denen sich Privatfirmen Vorteile auf dem Gemeinsamen Markt sicherten, nimmt man nicht leicht.

Man soll sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß Europa in jedem Fall äußerst schwierige und *langwierige Verhandlungen* bevorstehen. Großbritannien setzt für den Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft voraus, daß seine besonderen Commonwealth-Interessen sowie die Wünsche seiner Landwirtschaft berücksichtigt werden. Das darf gewiß zu keiner Aufweichung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft führen. Aber bei aller Festigkeit in dieser Richtung tut *Elastizität* not. Es scheint uns kein schlechter Vorschlag zu sein, daß neben der Brüsseler Kommission auch Ministerialbeamte der sechs Staaten an den Verhandlungen teilnehmen sollen. In Rom haben die Sechs seinerzeit Zugeständnisse an einzelne Partner in besonderen Protokollen niedergelegt. Frankreich wurden beispielsweise handelspolitische Vorteile im Verkehr mit seinen Überseegebieten, Italien besondere Finanzierungsmöglichkeiten für den Süden des Landes eingeräumt. Schweizer Betrachtungen, daß es die Römischen Verträge nicht aus den Angeln höbe, wenn neuen Mitgliedern in ähnlicher Weise

entgegengekommen würde, sind ernsthafter Überlegung wert. Für die Lösung der Landwirtschaftsprobleme ist es u.U. ein Vorteil, daß die europäische Agrarpolitik noch keine endgültige Gestalt hat.

Amerika, das anfangs von regionalen Zusammenschlüssen Nachteile für seinen eigenen Handel befürchtete, wünscht heute die europäische Einigung. Macmillan bezeichnet diese als wesentlichen Faktor im Kampf um die Freiheit. Die Bundesrepublik will alles tun, den Beitritt Englands zur EWG zu realisieren, versichert der Bundesaußenminister und er sieht die Möglichkeit, einen Weg zu finden, wenn man mit Pragmatismus und einem Mindestmaß an Perfektion verhandelt. Hoffen wir also, daß die *Chance* genutzt wird, in realer Anpassung an die Gegebenheiten einen gemeinsamen europäischen Markt aufzubauen, der bis zu 300 Millionen Menschen umfassen und die Voraussetzungen für einen neuen Aufschwung in sich tragen könnte.